

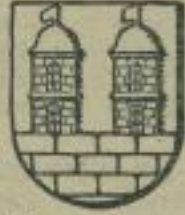
Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnung: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzahlung monatlich 3 Mk., durch unsere Ausreißer in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 5.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Poststellen sowie unsere Ausreißer und Selbstbesteller nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Unfälle, Krieg oder sonstigen Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1.50 Mk. für die 6 gelbste Karte für die ersten 10 Zeilen, 2.00 Mk. für die 11 bis 20 Zeilen, 2.50 Mk. für die 21 bis 30 Zeilen, 3.00 Mk. für die 31 bis 40 Zeilen, 3.50 Mk. für die 41 bis 50 Zeilen, 4.00 Mk. für die 51 bis 60 Zeilen, 4.50 Mk. für die 61 bis 70 Zeilen, 5.00 Mk. für die 71 bis 80 Zeilen, 5.50 Mk. für die 81 bis 90 Zeilen, 6.00 Mk. für die 91 bis 100 Zeilen. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden bei 2 gelbster Karte für 50 Pfg. Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 236.

Sonnabend den 8. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Entwurf über die Entscheidung des Völkerbundesrates in der Oberschlesischen Frage befindet sich auf dem Wege nach London, jedoch wird amtlich erklärt, daß alle Nachrichten über eine Teilung Oberschlesiens verfrüht sind.

* Das von Rathenau und Loucheur abgeschlossene Abkommen über den Wiederaufbau soll von englischen Finanzfachverständigen geprüft werden, ob es mit dem Reparationsabkommen in Einklang zu bringen ist.

* Im Preussischen Landtag fanden neue Fraktionsberatungen zur Frage der Regierungsumbildung statt.

* In Thüringen wird voranschreitend eine rein sozialistische Regierung mit Unterstützung der Kommunisten gebildet.

* Der Oberreichsanwalt hat nochmals Streckschreiben gegen die Führer des Rapp-Rußschers erlassen.

* Die zweite Tagung des Völkerbundes ist in Genf geschlossen worden.

* Aus Norditalien wird eine neue starke Bewegung für den Anschluß an Deutschland gemeldet.

Was ihr wollt.

Je näher der Termin der Entscheidung über Oberschlesien heranrückt, um so mehr verwirren sich auch die Nachrichten über die voraussichtliche Lösung dieser international so wichtigen Frage. Man kann deutlich beobachten, daß von bestimmten Ententevesen aus tendenziöse Nachrichten verbreitet und mit besonderer Vorliebe in die deutsche Presse hineingeschmuggelt werden, nach denen es wahrscheinlich anzunehmen sei, daß in Oberschlesien eine Grenzlinie gezogen wird, die den polnischen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung trägt. Schon der Umstand, daß die verschiedenen Mitteilungen über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Entscheidung einander sehr widersprechen und daneben auch die durchaus einseitige Herkunft der für Deutschland ungünstig lautenden Meldungen lassen gegenüber einer solchen Stimmungsmache Vorbehalt geboten erscheinen. Behaupten doch die einen, daß der Völkerbund erst im November zu einer Beschlußfassung kommen könne, während nach anderen Meldungen die Entscheidung unmittelbar bevorstehe oder sogar im geheimen schon gefallen sein soll.

Die Unklarheit, die dadurch in die politische Lage gebracht wird, ist zweifellos nicht zufällig, sondern läßt sich leicht als taktisches Mittel der Franzosen erkennen, welches nur eine Fortsetzung der bisher schon so erfolgreich angewendeten Methoden planmäßiger Verwirrung bildet. In der Tat liegen, wenn man die lange Leidensgeschichte des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes seit seiner geographischen Abgrenzung in Versailles verfolgt, eine Anzahl rechtlicher und politischer Verschiebungen vor, die heute das ganze Problem auf eine andere Basis gestellt haben, als es ursprünglich nach dem Willen und den Ansichten der Verfasser des Friedensvertrages geplant war. Die Feststellung, die jetzt von dem früheren Rechtsbeistand der amerikanischen Regierung, Mr. David Hunter Miller und dem deutschen Rechtslehrer Professor Kraus darüber gemacht worden sind, lassen vor allem den einen wichtigen Gesichtspunkt wieder in voller Klarheit hervortreten, daß keineswegs von Anfang an die Absicht bestanden hat, daß Oberschlesien unter allen Umständen zwischen Polen und Deutschland aufgeteilt werden müsse. In der Zeit der Abfassung des Versailles-Vertrages ist bei den maßgebenden Kreisen der Entente durchaus nicht verworfen worden, daß ein Mehrheitsergebnis der Abstimmung für das Schicksal des gesamten Gebietes entscheidend sein könne. Dabei ging man allerdings von der damals herrschenden Voraussetzung aus, daß Oberschlesien eine polnische Mehrheit habe, und glaubte auf diese Weise auch die rein deutschen Gebiete der Provinz den Polen mit in die Hände spielen zu können. Die bald gewonnene Überzeugung, daß von einer solchen Mehrheit der polnischen Stimmen nicht die Rede sein konnte, führte zu einer veränderten Taktik, indem man nunmehr die Absicht verfolgte, den Polen wenigstens alles das zuzuteilen, was nicht eine sichere deutsche Mehrheit aufwies. Es wurde also auch hier mit zweierlei Maß gemessen. Daß inzwischen von deutscher Seite die unwiderleglichsten Beweise für die Unteilbarkeit Oberschlesiens auf Grund der wirtschaftlichen Zusammenhänge erbracht wurden, hat keinen Eindruck auf die Pariser Politiker gemacht.

Neben dem Wandel der Anschauungen in dieser einen Frage hat das ober-schlesische Problem auch noch andere Verdrehungen durchmachen müssen. So ist z. B. wichtig festzustellen, daß bei genauer Auslegung des Friedensvertrages der Oberste Rat ohne die Teilnahme Amerikas eigentümlich überhaupt nicht in der Lage ist, einen rechtsgerichteten Beschluß zu fassen, und daß ferner die Verweisung der Frage an den Völkerbund bei strengem Festhalten am Wortlaut des Friedensvertrages ebenfalls eine formale Unzulänglichkeit darstellt. Es würde also für Deutschland durchaus die Möglichkeit bestehen, gegen eine Entscheidung, die unseren Interessen zuwiderläuft, Protest zu erheben, da es bei seiner Unerschrockenheit um den Versailles-Vertrag sich selbstverständlich nur einer solchen Entscheidung über Oberschlesien von vornherein vorbehaltlos unterworfen hat, die den Bestimmungen des Vertrages

auch wirklich genau entspricht. Eine ganz andere Frage ist es freilich, ob die deutsche Regierung unter Berücksichtigung der augenblicklichen gesamt-politischen Konstellationen es für richtig halten kann, einen solchen Protest in Aussicht zu nehmen, denn, ganz abgesehen davon, daß man sich über die Wirksamkeit eines solchen Schrittes wohl keiner optimistischen Täuschung hingeben wird, müßte die Regierung natürlich auch bereit sein, die Konsequenzen aus einem solchen Protest zu ziehen. Leider muß sie sich aber bewußt sein, daß Deutschland augenblicklich in viel zu hohem Grade nur der leidende und nicht der bestimmende Faktor in der internationalen Politik ist. Damit entfällt aber auch die Verantwortung für die Folgen, die eine ungeschickliche und ungerade Entscheidung über Oberschlesien nach sich ziehen würde. Von Seiten der deutschen Regierung ist, das muß zweifellos anerkannt werden, nichts veräumt worden, um den Obersten Rat auf die verhängnisvollen Folgen einer Zerstückelung des Abstimmungsgebietes aufmerksam zu machen. Es kann sich heute auch in Paris niemand dahinter verschanzten, daß die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Losrennung Oberschlesiens oder eines Teiles von ihm von Deutschland, nämlich die Erschütterung der auf Erfüllung des Ultimatums und auf den Wiederaufbau abzielenden Gesamtpolitik des Reiches, nicht genügend bekannt und nachgewiesen wären.

Der Oberste Rat wird bei seinem Entschlusse über Oberschlesien über nichts Geringeres als über die innere Ruhe und Ordnung nicht nur Deutschlands, sondern unter dem Gesichtspunkte des internationalen Charakters der Wiederaufbauarbeit auch ganz Europas entscheiden. Von deutscher Seite ist alles getan worden, um diese Entscheidung in einem Sinne zu beeinflussen, der eine friedliche und wirtschaftlich gedeihliche Entwicklung ermöglicht. An den Völkerbund und den Obersten Rat tritt jetzt die Frage heran, ob sie durch einen nur auf Augenblickserwägungen eingestellten Entschlusse die fernere Zukunft des Kontinents auf Spiel setzen wollen.

Schluß der Völkerbundstagung.

Oberschlesien noch nicht erledigt.

Die zweite Tagung des Völkerbundes, die vier Wochen lang in Genf abgehalten wurde, ist mit einer langen Rede des holländischen Ministers van Karnebeek geschlossen worden. Unter den Ergebnissen der diesjährigen Tagung zählte er die Maßnahmen zur Bekämpfung des Opiummisses, des Narkotikums und Handels und die Verfassungsbearbeitung der ersten Kommission auf, die oft bedeutungsvolle politische Fragen berührte. Außerdem hat der Völkerbund die Zahl seiner Mitglieder vermehrt und die Tore für die offenen gehalten, die zu gegebener Stunde sich ihm anschließen und das Haus der Völker vervollständigen werden. Auch in der Rüstungsfrage will Herr van Karnebeek Fortschritte verzeichnen können. Er will ihre Bedeutung allerdings nicht übertrieben, denn der Weg sei lang und das Problem verwickelt. Aber die dokumentarischen und statistischen Arbeiten, die geleistet werden, die Anregung für Kontrolle des Waffenhandels und die Einforderung formeller Vorschläge von der temporären gemeinsamen Kommission bezogen, so meinte der holländische Minister, den Willen zur allmählichen Pflanzung im Rahmen des Möglichen in einer noch unruhigen Welt. Endlich sei die Errichtung des Internationalen Gerichtshofes zu erwähnen.

„Und wissen wir nicht,“ fuhr der Redner fort, „daß in der ober-schlesischen Frage die Arbeiten der 4 Ratsmitglieder, denen die Vorprüfung dieses wichtigen Problems anvertraut wurde, sich auf gutem Wege befinden, auf so gutem Wege, daß man voraussehen darf, daß in kurzer Zeit der Rat die Lösung, die er empfiehlt, mitteilen kann?“

Im Zusammenhang mit dieser Äußerung wird jetzt auch von Paris aus offiziell erklärt, daß alle Nachrichten über eine Teilung Oberschlesiens verfrüht sind, und daß die darüber unzulässigen Gerüchte als Phantasien betrachtet werden.

Geheimverträge trotz des Völkerbundes.

In letzter Stunde verschoben wurde die Beratung über die Anträge zu Artikel 18, der die Eintragung aller internationalen Verträge zwischen den Völkerbundsmitgliedern fordert. Darüber, daß Artikel 18 nicht praktisch anwendbar ist und auch nicht von allen Staaten beachtet wurde, waren sich die meisten Redner einig, wobei betont wurde, daß es tatsächlich Verträge gebe, die nicht veröffentlicht werden dürfen. (!) Man befürchtete aber durch Annahme der Anträge, in erster Linie aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, in letzter Stunde überstürzte schwerwiegende Beschlüsse zu fassen, die als Anerkennung der Geheimdiplomatie aufgefaßt werden könnten. Die Angelegenheit soll im nächsten Jahre aufs neue vorgebracht werden.

Deutschland und der Völkerbund.

Der Vertreter der Schweiz beim Völkerbund, Bundesrat Rotta, schilderte einem Berliner Pressevertreter seine Eindrücke von der jetzt abgeschlossenen Tagung. Über die Frage des Beitrittes Deutschlands zum Völkerbund äußerte er u. a.:

„Nach meiner Meinung war es von der deutschen Regierung sehr klug, daß sie im abgelaufenen Jahre um die Aufnahme in den Bund nicht nachgedacht hatte, aber bis zum nächsten Kongreß sollte sie es tun. Nach meiner Ansicht sollte ein solches Gesuch nicht nur angenommen werden, sondern der Bund sollte dem Deutschen Reich von vornherein auch diejenige Stellung zubilligen, die ihm nach seiner Größe auch zukomme. Ich habe schon im vorigen Jahre im schweizerischen Nationalrat gesagt, daß Deutschland als Großmacht angenommen werden müsse, worunter ich verstand, daß es einen Sitz als ständiges Mitglied des Völkerbundes erhalten müsse. Nebenfalls nimmt man allgemein an, daß Deutschland im nächsten Jahre das Aufnahmengesuch stellen wird, und natürlich müßte man dabei der deutschen Regierung nicht zu, daß sie diesen Schritt tun sollte, ohne sich vorher über seine Ausnahme Bewußtheit verschafft zu haben.“

Seit wann ist Oberschlesien „teilbar“?

Was man wünscht, das glaubt man gern.

Eine recht interessante Beleuchtung erfährt die polnisch-französische Absicht, Oberschlesien in zwei Teile zu zerlegen, durch einen Rückblick auf die Politik früherer Jahre, der jetzt in einer Zuschrift eines schlesischen Blattes angeführt wird. Darin wird u. a. gesagt, daß vor der Abstimmung in Deutschland, Polen oder Oberschlesien niemand an eine Teilbarkeit Oberschlesiens gedacht hat. Die Abstimmung ist unter dem Zeichen und unter der Voraussetzung der Unteilbarkeit Oberschlesiens erfolgt. Dies und immer haben die Polen von dem „alten polnischen Plattenland“ Oberschlesien genau ebenso wie die Deutschen von dem „deutschen Kulturlande“ Oberschlesien gesprochen. Die These von der Teilbarkeit Oberschlesiens ist erst nachher von polnisch-französischer Seite aufgestellt worden, nämlich, nachdem bewiesen worden war, daß Oberschlesien nicht „von einer unbestritten polnischen Bevölkerung“ bewohnt ist. Erst jetzt wurde die polnisch-französische These

„den Polen die Kohlen, den Deutschen die Rüben“

mit der Korfanti-Linie aufgestellt. Erst jetzt erklärten die Polen, daß sie die ober-schlesische Fettkohle nötig hätten, um daraus Sprengstoffe für Heereszwecke herzustellen. Von dem ist aber im Friedensvertrage und dem, was ihm vorausging, keine Rede und deshalb kann davon auch jetzt keine Rede sein. Die Lösung der ober-schlesischen Frage muß zur nachfolgenden Erklärung Polens führen, auf die Deutschland gemäß einem bestimmten Worte Lloyd Georges nach der eigenen Abrüstung gerechten Anspruch hat.

Für Autonomie innerhalb Deutschlands.

Die ober-schlesische Berufsvereinigung hat in einem Telegramm an den Völkerbundsrat in Genf gebeten, bei der Entscheidung der ober-schlesischen Frage die Rechte und Interessen der Oberschlesier mit Rücksicht auf die völkische und sprachliche Zusammensetzung Oberschlesiens zu vertreten, sowie seine eigenartige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung durch eine weitgehende Autonomie im Rahmen eines ungeteilten Oberschlesiens mit Verbleib bei Deutschland zu gewährleisten. Auch die in Genf weilenden drei deutschen Arbeiterdelegierten aus Oberschlesien erklärten es als die beste Lösung, daß Oberschlesien als autonomer Freistaat wie Bayern oder Sachsen beim Reich verbleibe. Diese Autonomie ist den Oberschlesiern bekanntlich von der Reichsregierung längst versprochen worden.

Neue polnische Angriffe.

In einer der letzten Nächte griffen an zwei verschiedenen Stellen polnische Banden die Grenzwarden an. Es gelang, die Angriffe zurückzuschlagen. Bei dem Grenzübergang bei Myslowitz wurden von Engländern und Mannschaften der Abstimmungs-polizei polnische Kurier festgenommen, die polnische Flugblätter aufreizenden Inhalts bei sich trugen.

Bemühungen um die neue Koalition

Zimmer neue Beratungen.

Die interfraktionellen Verhandlungen der vier Parteien, die über die Regierungsbildung in Preußen zusammengetreten sind, wurden am Donnerstag fortgesetzt. Ein Abschluß ist noch nicht erzielt worden, doch ergab sich in den Verhandlungen Übereinstimmung in einigen grundlegenden Fragen. Die Verhandlungen sind im übrigen für streng vertraulich erklärt und werden im Laufe der nächsten Woche fortgeführt werden.

Die Forderungen der Sozialdemokraten sind im wesentlichen: Anerkennung und Verteidigung der Republik, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei, grundlegende Justizreform und schärfste Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushaltes. Von den Demokraten wird insbesondere eine Vereinbarung über die Abfindung der Hohenzollern auf dem Wege der Gesetzgebung gefordert.

Die Verhandlungen über die Reichsregierung sind ebenfalls schwer ins Stocken gekommen. Der Vorwärts sagt sogar zu den verschiedenen ausgekauften Schriftstücken der Fraktionen: „Niemand wird erwarten,

daß diese Briefschreiberet noch zu einem positiven Ergebnis führt. Sie dient nur dem Zweck, in höflicher Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, aber nicht die nach links. Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen, wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll."

Das Interesse unserer Gläubiger.

Ein Belgier für die Festigung der Mark.

Das dauernde Sinken der Mark öffnet anscheinend nur auch dem Ausland die Augen über die verfehlte Unterdrückungspolitik gegen Deutschland, die eine der wichtigsten Ursachen unseres Zahlungsausfalls ist. So schreibt jetzt der Belgier Paffeleca in der "Libre Belgique" über den Marksturz und nennt dieses Problem das beängstigendste des Augenblicks. Die Ereignisse zeigten heute, daß die verlangte Zahlung in ausländischer Währung die Zahlungsfähigkeit des Schuldners vermindert habe, aber seine industrielle Leistungsfähigkeit zum Schaden der belgischen erhöhe. Die Forderungen der Alliierten an Deutschland würden, da man keine Goldmark erlangen könne, eine fortgesetzte Verminderung der Werte herbeiführen und in den Abgrund führen. Nur Frage, ob ein neues Abkommen mit Deutschland

nötig sei, erklärt Paffeleca, Frankreich lasse diese Möglichkeit durch die Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur ins Auge. In Belgien hätten bei dem Gedanken daran einige Blätter geschrieben, weil man Deutschland in die wirtschaftliche internationale Gemeinschaft wieder habe zulassen wollen. Diese Leute hätten Deutschland aus dem Bereiche der Zivilisation ausschließen wollen, aber zu gleicher Zeit die restlose Bezahlung seiner Schuld verlangt. Das seien zwei Dinge, die nicht miteinander vereinbar seien. Das finanzielle Gleichgewicht der alliierten Länder, die wirtschaftliche Gelandung der Welt können nicht wiederhergestellt werden, solange im produktiven Europa fortgesetzt ein Herd geldlicher Schwächung bestebe. Das wohlverstandene Interesse der Gläubigerstaaten an Deutschland sei also, alles ins Werk zu setzen, um

baldest den Wechselkurs wieder zu nivellieren.

Tatsache sei, daß 60 Millionen Deutsche arbeiteten. Es gebe keine andere Sicherheit für die Forderung Belgiens, als die normale Wiederherstellung der deutschen Produktion. Das Problem der deutschen Wirtschaft löse also auf, nur eine Angelegenheit Deutschlands zu sein. Ob man wolle oder nicht, es handle sich hier um eine Angelegenheit von so dringendem europäischen und noch weiterem internationalen Interesse, als irgendwelche andere Frage der Friedensprobleme. Die Frage müsse baldigst Gegenstand einer neuen allgemeinen Vereinbarung der Signatarmächte des Friedensvertrages von Versailles werden.

Die Ansicht der amerikanischen Handelskammern.

Das Komitee der Handelskammern der Vereinigten Staaten, das von einer Europareise zurückgekehrt ist, gibt in seinem Bericht der Überzeugung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten nicht vermeiden können, an einer Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Welt teilzunehmen. Weiter spricht der Bericht sich ausführlich über die Frage aus, ob die amerikanischen Truppen am Rhein zurückgezogen sind oder nicht, und kommt zu dem Schluß, daß die weitere Besetzung der Besatzung in Deutschland diesem eine harte Finanzlast auferlegen würde.

Politische Rundschau.

Wann fallen die militärischen Sanktionen?

Zu dem Besuch des deutschen Botschafters in Paris beim französischen Ministerpräsidenten glaubt eine Pariser Agentur zu wissen, daß Dr. Waber die Aufhebung der militärischen Sanktionen verlangt habe. Ähnlich wird dazu erklärt, daß der Besuch nur den Zweck hätte, laufende Angelegenheiten zu erledigen. Die Aufhebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Aachen ist jedoch für sich in einer Auslassung eines dem Pariser Aus-

wärtigen Amt nachstehenden Stattes als möglich hingestellt worden, falls die deutsche Regierung ihre nächsten finanziellen Verpflichtungen erfüllt.

Die Eisenbahnen in Privatwirtschaft?

Der ehemalige preussische Eisenbahnminister v. Brettenbach hat in der Presse die Frage aufgeworfen, ob eine staatliche Verwaltung heute überhaupt noch in der Lage ist, die Eisenbahnfinanzen in Ordnung zu bringen, oder ob die Reichseisenbahnen nicht besser in die Privatwirtschaft unter staatlicher Kontrolle überzuführen seien. Der Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Stieler, antwortete darauf in einem andern Blatt, daß diese Frage auf einer in dieser Woche stattfindenden Besprechung der Eisenbahndirektionspräsidenten erörtert werden solle. Weiter sei beabsichtigt, diese Frage noch in diesem Monat in dem Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums zu besprechen. Von amtlicher Seite wird aber erklärt, daß derartige Pläne nirgends ernsthaft erwogen werden.

Jugoslawien.

X Krieg mit Albanien? Die Lage an der albanischen Grenze wird als höchst kritisch betrachtet, und es herrscht in militärischen Kreisen die Überzeugung, daß ein bewaffneter Konflikt zwischen Jugoslawien und Albanien unvermeidlich ist. Die Armee der albanischen Regierung rückt in großen Abteilungen gegen die jugoslawische Grenze vor. Nördlich von Dibra kam es zu Kämpfen zwischen albanischen und jugoslawischen Abteilungen. Bei einem gefangenen albanischen Offizier wurde ein Tagesbefehl des albanischen Kriegsministers gefunden, worin die albanischen Stämme aufgefordert werden, in jugoslawisches Gebiet einzufallen.

Neueste Meldungen.

Neue Steigerung der Lebenserhaltungskosten

Die Indexziffer im September um 1,6 Prozent erhöht. Nach den Berichten des Statistischen Amtes ist die Reichsindexziffer, welche einen Maßstab für die durchschnittliche Höhe aller zum unentbehrlichen Lebensbedarf erforderlichen Unterhaltsmittel an Nahrung, Kleidung usw. gibt, im September gegenüber dem Monat August um 1,6 Prozent gestiegen. Sie stand im September auf 1062. Gegenüber dem Januar, wo sie auf 944 stand, beträgt die Steigerung 12,8 Prozent gegenüber dem September 1920 beträgt sie 36,3 Prozent. Die neue Steigerung ist vor allem auf die Verteuerung einer Anzahl wichtiger Lebensmittel zurückzuführen. Gegenüber Januar beträgt die Steigerung aller Lebensmittelpreise allein 12,1 Prozent. Für Kartoffeln und Gemüse sind an vielen Orten dagegen Preisrückgänge zu beobachten, die an einzelnen Stellen sogar eine Senkung der gesamten Indexziffer zur Folge gehabt haben, wie überhaupt die Bewegung der Preise im ganzen Reiche nicht einheitlich verlaufen ist.

Devisenhilfe der Landwirtschaft.

Berlin. Am 10. Oktober finden Vorbereitungen im engeren Kreise von Führern der Landwirtschaft über die Devisenbeschaffung zu den Reparationsleistungen statt. Am 11. Oktober wird sich der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft mit der gleichen Frage beschäftigen.

Zum Protokoll des Reichslandbundes.

Berlin. Die Landesregierung von Braunschweig und die Landräte des Regierungsbezirks Stade haben Verfügungen erlassen, durch die sie die Überarbeitung der Kartoffelpreise von 35 bzw. 40 Mark pro Zentner mit Einleitung eines Ruderfahrverfahrens in jedem Einzelfalle bedrohen. Der Reichslandbund richtete daraufhin Telegramme an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und den Preussischen Staatskommissar für Volksernährung, in der er gegen die genannten Verfügungen Einspruch erhebt.

Rur Einigkeit macht hart.

Berlin. Der Präsident des Reichswirtschaftsrats, Ehler von Braum, macht in einer „Was wird aus Europa?“ betitelten Schrift Vorschläge über die Lösung des Reparationsproblems. Die einzige Möglichkeit, die Rekrutierung des wirt-

schlichen der großen Nationen, vor allem Englands, Amerikas und Deutschlands, zum Wiederaufbau Rußlands, das sonst ein ewiger Ansehungsberg für Europa bleiben würde.

Revision im Cailleur-Prozess?

Paris. Die radikalsozialistische Vereinigung des Seine-Departements hat eine Entschließung angenommen, in der sie die Revision des Cailleur-Prozesses verlangt.

Verhaftung polnischer Militärflieger.

Warschau. Nach Warschauer Zeitungsberichten wurde bei Starogard (Pommern) ein Militärflugzeug eine Notlandung vornehmen. Die Militärgerichte stellten fest, daß die Flieger ein Generalleutnant und zwei polnische Sergeanten waren und daß in dem Flugzeug eine Menge Gold und eine Korrespondenz nach Danzig enthalten war. Die Flieger wurden verhaftet.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Reichseisenbahn oder Privatbahn.

Berlin. Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt, daß die Frage Reichseisenbahn oder Privatbahnen am Sonnabend in der Besprechung der Eisenbahndirektionspräsidenten in München und auch im Laufe dieses Monats im Sachverständigenrat des Verkehrsministeriums zur Besprechung gelangen wird. Die Besprechungen tragen naturgemäß keinen beschließenden Charakter, sondern stellen sich lediglich als ein Meinungsaustausch der Sachverständigen dar, bei dem die schwierige Frage der eventuellen Überführung der Reichseisenbahnen in Privatbände einer zunächst akademischen Erörterung unterzogen werden soll.

Die Lage im Burgenland.

Wien, 7. Okt. (tu.) „Neues Wiener Tagblatt“ haben die Ungarn offiziell 20.000 Mann einberufen. Wie die Arbeiterzeitung aus Wiener Neustadt meldet, werden im Burgenlande und den großen Orten ein Aufbruch des Oberkommandos des Landesheeres in Bestimmung verbreitet, in dem es u. a. heißt: Bürger, erwocht endlich einmal aus eurer Gleichgültigkeit, werft die Fesseln ab, welche euch das Judentum aufgezogen hat und lehrst zu euren Ständen und Kaiser zurück.

Der Sowjet-Silberrubel.

Kowno, 7. Okt. (tu.) Wie die Rätepresse aus Moskau meldet, ist der angeforderte Silberrubel nunmehr in den Verkehr gestellt worden. Er soll in dem Verkehr im Auslande Verwendung finden, während im Inlande der Papierrubel weiter verbleibt.

Keine Einigung in der Japp-Frage.

Tokio, 7. Okt. (tu.) „Eastern Service“ meldet: Ueber die Japp-Frage ist noch keine Einigung zwischen Amerika und Japan erzielt worden, die Frage wird vielleicht noch den internationalen Schiedshof beschäftigen. Man will jedoch das Kabel Quon so schnell wie möglich für den öffentlichen Verkehr öffnen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 7. Oktober.

Das Ergebnis der Missionen. Die große Sammlung, die vor kurzem in ganz Sachsen zum Besten der Liebeswerke der Inneren Mission veranstaltet worden ist, hat das Ergebnis von 2.100.000 M. gezeitigt. Nach Abzug der Unkosten ist die Summe durch eine Versammlung der Vertreter der Inneren Mission aus dem ganzen Lande verteilt worden, und zwar so, daß 40 Prozent den Anstalten der Inneren Mission, die dem ganzen Lande dienen, 40 Prozent für die örtlichen Unternehmungen der einzelnen Kreisvereine für Innere Mission verteilt wurden, während 20 Prozent einer Ausgleichskasse für besondere Notstände überwiesen wurden.

25 Jahre Vereinsbote. Am 6. Oktober vor 25 Jahren trat Herr Otto Reinhardt das Amt als Vereinsbote des Militärvereins an, das er ununterbrochen in seltener Treue bis auf den heutigen Tag verwaltet hat. Der Verein ehrte ihn durch Ueberreichung eines Geschenke.

Die Müller-Zwangs-Jungung zu Wilsdruff hielt am 2. Oktober ihre Annuungsverammlung unter Vorsitz ihres Ober-

48] Das Tor des Lebens.

Roman von Annu Wolke.

„Wollen Sie nicht erzählen, Herr Bernstein?“ sprach sie, auf einen Stuhl deutend, „was sich zugetragen. Sie können ungehindert sprechen, Herr Dr. Bandener ist, wie Sie wissen, ein treuer Freund unseres Hauses.“

Der Kassierer räusperte sich beslegen.

„Es ist so schwer, gnädige Frau, man weiß gar nicht, wo anfangen. Heute morgen ging es schon an.“

Als ich ins Kontor kam, sah ich zu meinem Schrecken, daß unsere beiden großen Geldkassette weit geöffnet waren, und voller Entsetzen gewahrte ich, daß die Summe von zweihunderttausend Mark, die zur Deckung der in diesen Tagen fälligen Wechsel bestimmt war, fehlte.

Ich war zuerst so bestürzt, daß ich gar nicht wußte, was ich tun sollte. Ich telephonierte an Herrn von Eschenbach, aber ich erhielt keinen Anruf. Ich schickte zu Mister Verham, um dort zu meinem Schrecken zu erfahren, daß Mister Verham abgereist sei, wohin — unbekannt. Nichts Gutes ahnend, lief ich zur Polizei, die gleich an alle Bahnhöfe ihre Depeschen sandte, aber bis jetzt haben wir noch keine Spur von dem Verschwindenden. Als Herr von Eschenbach endlich kam, fand er auf seinem Schreibtisch einen Brief vor — hier ist er — ich fand ihn zusammengeballt an der Erde.

Wie ein Wahnstimmiger ließ Herr von Eschenbach dann plötzlich ins Kesselhaus.

„Zurück, zurück!“ brüllte er die Leute an, die in der Röhre des Kessels beschäftigt waren. „Es geht ans Leben!“ Er stürzte auf das Ventil zu, aber in demselben Augenblick flog auch schon der Dampfessel in die Luft. Das ganze Kesselhaus ist zerstört. Im Laboratorium war alles ein Feuermeer. Fünf Tote, gnädige Frau, und außer Ihrem Herrn Gemahl drei schwer verletzt.“

Heinrike sah wie vernichtet in ihrem Stuhl. Sie konnte auch nicht ein einziges Wort finden, so zerschmettert fühlte sie sich.

„Und Sie glaubten,“ fragte Dr. Bandener, „daß Mister Verham es war, der mit dem Gelde auf und davon ging?“

„Bitte, wollen Sie den Brief lesen? Es kann gar kein Zweifel darüber sein!“

Rolf las, ohne Heinrike anzublicken. Er konnte es kaum noch ertragen, sie so leiden zu sehen und ihr nicht helfen zu

können, dann las er halblaut den winzigen Brief des Amerikaners.

„Veinetwegen, mein alter Freund, gab mir ein schönes Meerfräulein einen Korb. Wer weiß, ob ich nicht an ihrer Seite noch ein ganz ordentlicher Kerl geworden wäre. Aber die Frauen sind mir hier zu tugendhaft, auch die Deine. Ich habe es satt, mich hier in Eurem langweiligen Deutschland herumzufragen. Ich nehme mit, was mir erreichbar ist, und damit Du nicht allzu sehr dringst, alter Junge, habe ich vorgesorgt, daß ein kleines Malheur am Dampfessel passiert. Du hast dann die Feuerversicherung und kannst Dich so lieblich rausappeln. Laß den Fisch hier sicher verschwinden und grüße mir die schönen Frauen, die Du immer so leichtfertig betrogen hast. Ich lade über Dich, betrogener Betrüger.“

Der Brief hatte weder Ueber- noch Unterschrift.

„Das ist ja entsetzlich!“ stöhnte Heinrike. „Das ist ja zum Verzweifeln!“

„Ruhig, ruhig!“ bat Rolf Bandener, und zu dem Kassierer fuhr er fort:

„Wie denken Sie sich die Entwicklung?“

Der Mann suchte mit einem bezeichnenden Blick auf Heinrike die Achseln.

„Wenn die Summe nicht umgehend beschafft werden kann und noch mehr, so bin ich gezwungen, auf das Gericht zu gehen und den Konkurs der Fabrik anzumelden.“

„Und was würde dann weiter geschehen?“ fragte Heinrike tonlos.

„Es ist ja möglich, daß man über Herrn von Eschenbach die Unterjuchung verhängt, es ist aber auch möglich, daß man, in Anbetracht seines leidenden Zustandes, ihn gegen Kautions auf freien Fuß läßt.“

„Und wieviel Geld würde notwendig sein, dieses Entsetzliche abzuwenden?“ fragte Heinrike in einem ganz geschäftsmäßigen, kühlen Ton, der Rolf Bandener erschreckte.

„Vielleicht ließe es sich mit dreihunderttausend Mark machen, genau kann ich im Augenblick die Summe nicht angeben.“

„Ich danke Ihnen,“ sagte Heinrike, dem Kassierer die Hand reichend. „Wollen Sie mir versprechen, es zu versuchen, bei den Hauptgläubigern einen kurzen Ausschuß zu erlangen?“

„Es sind meist kleine Leute, gnädige Frau. Die Aktien, die eine so hohe Dividende geben, werden rapide fallen, und ich glaube nicht, daß trotz großer Opfer der Ruin sich wird vermeiden lassen.“

„Tun Sie Ihr Möglichstes, lieber Herr Bernstein. Ich will inzwischen versuchen, die nötigen Mittel oder doch wenigstens einen Teil herbeizuschaffen.“

„Es wird wenig nützen, gnädige Frau. Das Unternehmen ist zu wenig solide angelegt. Alles ist künstlich in die Höhe geschraubt. Ein Kartenshaus auf unsicherem Grund, das hält nicht!“ Der Mann war gegangen.

Heinrike stand schwerfällig auf. Ihre Hüfte trugen sie fast nicht mehr.

„Nun hat das Schicksal gesprochen, Rolf Bandener!“ jagte sie mit verschleierte Stimme. „Zur selben Stunde, da ich Ihnen meine Liebe offenbarte, da ich es duldete, daß Sie mich an Ihre Brust zogen, da riß ein anderer ein neues Tor des Lebens für mich auf.“

Dunkel bräut die Worte, aber ich gehe den Weg voll festen Mutes und voll gläubiger Zuversicht bis zum Ende.“

Etwas Hobeitvolles, Erschütterndes sprach aus den großen, leidvollen Augen, die jetzt mit strahlendem Glanz in die seinen tauchten.

„Sie haben Ihre Pläne geändert, Heinrike!“ nahm Rolf Bandener mit abgewandtem Gesicht, und, wie es schien, voll leiser Bitterkeit das Wort. „Alles, was er Ihnen tat, ist ausgelöscht in Ihrer Seele?“

„Nein, Rolf, das lebt in all seiner Grausamkeit unvergessen in meiner Brust. Dem Gesunden, dem Leichtfertigen, Frivolon hätte ich ohne Zaudern den Rücken gelehrt, dem Ungläubigen dort, der sich in Schmerzen windet, und dem vielleicht noch ein furchtbares, weltliches Gericht droht, den darf ich nicht verlassen. Wie sollte ich wohl dereinst vor meinem Kinde bestehen, wenn ich seinen Vater im Elend allein sterben ließe? Sie selbst, Rolf, wenn Ihre Seele auch in Schmerzen bebt, sind ja auf meiner Seite, denn Sie selbst haben ja trotz alledem nicht aufgehört, Sibos Freund zu sein, und daß Sie das bleiben mögen, das ist die einzige Bitte, die ich habe in dieser Stunde.“

Einen Augenblick stand der Arzt in schwerem, innerem Kampf, dann sagte er in tiefer Ehrfurcht Heinrikes Hand.

„Es soll sein, wie Sie es wollen. Ich werde Ihnen helfen, den schwersten Weg der Pflicht zu gehen, Heinrike, so viel ich kann. Gott helfe uns beiden.“

Dann war auch er gegangen, und Heinrike war allein. Sie hörte ihn in das Krankenzimmer gehen und eine Weile später das Haus verlassen.

(Fortsetzung folgt.)

meisters
Soden
landsde
verbond
stimmig
Handwe
Taschde
unterbie
dielt die
voll zu
Dinnung
Rückbild
ihren 2
leindeter
daß vor
20 Jahr
dienst
der 2
dienste
trieb 42
kein die
Umgebun
im Galt
grotes u
Lämpfen
mittag 2
Gauvort
Dienstag
lichen 3
stättgeu
schäftlich
schaft d
organisa
bandun
mit Sp
Kartoffe
nis der
lassen, d
daß alle
Verbrau
weils bi
Preise z
töfeln in
wirtschaft
nicht vor
brauchen
garinep
jalmar
Handels
margari
daß der
sondere
Echtlich
jensbers,
auf bis
vom 4
Schulk
hingeg
der S
und P
in St
lehrer
leben
dass
für vi
Gros
und C
auf d
oränet
und V
zeitig
im W
ausset
trag
sind
ju son
treffen
Wenn
nächst
ausge
Erän
im Le
bis d
der S
sichtig
Hausl
ansta
welch
der S
zwei
die V
jahres
Erinn
nach
im W
die n
Lokal
ist de
in die
wenig
geht
Rinde
Schrei
des K

weistens Risten im „Abier“ ab. Nach Friedigung interner Sachen beschloß man einstimmig den Austritt aus der Mittelhandvereinigung für Sachsen, welcher anscheinend der Landesverband des Handwerks den Bind aus den Segeln nahm. Einstimmig ordnete man 1-2 Vertreter zur Teilnahme am 2. sächs. Handwerkerkongress in Leipzig am 8. u. 9. Oktober ab. Die bedauerliche Tatsache, daß einzelne Kollegen namentlich den Schrotlohn unterbieten, wurde mit Recht moniert. Ein gemeinsamer Kaffee hielt die Teilnehmer mit den Müllerinnen noch recht stimmungsvoll zusammen. Galt es doch den 20. Gr u n d u n g s t a g der Innung zu feiern. Hier gab der Obermeister nochmals einen Rückblick auf die Entwicklung und 20-jähriges Bestehen der in ihren Anfängen von verschiedenen Seiten oft schwer angelegten Innung. Aus dem Rückblick war u. a. zu entnehmen, daß von den 32 Mitgliedern der Innung 16 Unternehmer, 20 ihrer Familienglieder, 7 ihrer Gesellen und 20 ihrer Bediensteten in den Krieg zogen, 2 Söhne und 4 Bedienstete auf der Woiwatsch blieben und 2 Söhne, 1 Geselle und 1 Bediensteter in Gefangenschaft schmachteten.

— **Herlesmarkt Wilsdruff**, Freitag, den 7. Oktober. Auftrieb 42 Stück, Verkaufspreis 100—180 M.

— **Der Müllerverein** feiert morgen Sonnabendabend 7 Uhr ein diesjähriges Stützungsfest.

— **Großes Saalportfest**. Die Ortsgruppe Wilsdruff und Umgebung des Arbeiter-Radsportbundes veranstaltet Sonntag im Gasthof Klipphausen anlässlich ihres 18. Stützungsfestes ein großes Saalportfest. (Vgl. Inf.)

— **Mittelsche-Turngau**. Nach den sommerlichen Wettkämpfen und Veranstaltungen hält der Gau am Sonntag nachmittag 2 Uhr in der Turnhalle auf der Maunstraße wieder eine Gauovertournerstunde ab.

— **Vorschläge der Landwirte zur Kartoffelversorgung**. Am Dienstag hat in Bausen eine Versammlung der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner der Kreishauptmannschaft Bausen stattgefunden, zu der auch der Landeskulturrat, die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft und die Zentraleinlaufgenossenschaft deutscher Konsumvereine wie auch andere Verbraucherverbände Vertreter entsandt hatten. Gegenstand der Verhandlungen war die Versorgung der sächsischen Bevölkerung mit Speisekartoffeln im Hinblick auf die durch die Freigabe der Kartoffelwirtschaft geschaffenen Marktverhältnisse. Das Ergebnis der mehrstündigen Verhandlungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die anwesenden Landwirte sich dafür einsetzen wollen, daß alle sächsischen Kartoffeln nach Möglichkeit den einheimischen Verbrauchern zugeführt werden, wobei für die Preisbildung jeweils die von der sächsischen Rationierungskommission festgestellten Preise zugrundegelegt werden sollen. Bei dem Abfall der Kartoffeln von Seiten der Erzeuger sollen in erster Linie die landwirtschaftlichen Genossenschaften berücksichtigt werden, soweit nicht von dem Landwirt die Kartoffeln unmittelbar an den Verbraucher abgegeben werden.

— **Margarinepreise**. Der Margarineverband hat die Margarinepreise wie folgt erhöht: Für Extramarke 19 M., für Spezialmarke 17,50 M., für erste Handelsmarke 16,50 M., für zweite Handelsmarke 15,50 M. für das Pfund. Der Preis für Schmelzmargarine wurde um 3 M. für das Pfund erhöht.

— **Kartoffelkrebs**. Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt, daß der Kartoffelkrebs in Sachsen ziemlich stark auftritt. Besonders Evidentherde sind die Gegenden um Dresden in der Sächsischen Schweiz und in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, Stützengrün, Ober- und Niederschlema. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in einer Verordnung vom 4. April 1918 die Meldepflicht eingeführt hat. Krebsver-

dächtige Erscheinungen an ausgepflanzten, geernteten oder aufgeschichteten Kartoffeln sind danach sofort der Ortsbehörde anzuzeigen. Auf den Feldern, auf denen kranke Kartoffeln festgestellt worden sind, dürfen nur die von der Hauptstelle für Pflanzenschutz an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden genehmigten krebsimmunen Sorten angebaut werden.

— **Todesstrafe für Getreidekliebes**. Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen hat einen Antrag bei der Reichsregierung gestellt, einen Gesetzesentwurf einzubringen, der Todesstrafe für Getreidekliebes im Ausland vorsieht. Auch gegen Getreidemücker im Inlande soll energisch Front gemacht werden.

— **192er-Tag**. Nächsten Sonnabend und Sonntag, 8. und 9. Oktober, findet in Dresden, Städtischer Ausstellungspalast, der behördlich genehmigte 192er-Tag, verbunden mit dritter Gründungsfeier der Vereinigung Inf.-Regt. 192, Dresden, statt. Alle Angehörigen der ehemaligen 192er Feldtruppenteile sind hierzu eingeladen. Teilnehmerarten und Programm in der Geschäftsstelle, Dresden-A., Mathildenstraße 55, 2., rechts und im Vereinsheim „Café Central“, Dresden-A., Altmarkt.

— **Grumbach**. Diebsgesindel hat in der Nacht zum Freitag aus einer Herde von 32 Stück eif der größten und schönsten Gänse, die erst etwa 3 Wochen gerauft sind, gestohlen. Etwaige Wahrnehmungen wolle man sofort im Gemeindeamt oder bei der Gendarmarie melden.

— **Grumbach**. Wesentliche Sitzung des Gemeinderats am 4. Oktober 1921. Der Zuhörerraum ist mittelstark besetzt. Anwesend sind sämtliche Gemeinderatsmitglieder, Gemeindevorstand Schulze gibt zunächst bekannt, daß die Schöffen- und Geschworenenliste zurzeit eine Woche lang im Gemeindeamt zu jedermanns Einsicht ausliegt, daß der Kommandeur des Btl. Inf.-Regt. Nr. 10 für die Unterbringung der Truppen am 22./23. September der Gemeindevorwaltung den Dank ausgesprochen hat und daß die Entlassung der Eschen am Helbigsdorfer Wege zur Hälfte noch dieses Jahr vorgenommen wird, um die Wegemäherung aufrecht zu erhalten. Das Kollegium nimmt von diesen Mitteilungen Kenntnis. Hierauf berichtet Gemeindevorstand Schulze über einen Ortsgehehnachtsag. Gemeindevorstand Schulze über eine Festsetzung des Wahllozes für die Gemeindevorstandswahlen. Der Gemeinderat beschließt, den Ortsgehehnachtsag, wonach das Ortsgehehnacht die Wahlen vom Jahre 1919 auch für die künftigen Wahlen Anwendung zu finden hat, zu genehmigen; als Wahltag wird der 27. November bestimmt; Wahlvorschläge sind bis Ende dieses Monats bei dem Gemeindevorstand als Wahlkommissar einzureichen. Der Gemeinderat wählt als Wahlvorsteher Gemeindevorstand Schulze, als Stellvertreter Gemeindevorstand Müller. Danach erstattet Gemeindevorstand Müller Bericht über die am 7. und 8. Oktober 1921 stattfindende Tagung des Sächsischen Gemeindevorstandes in Chemnitz. Als Vertreter der Gemeinde Grumbach wird zu dieser Tagung der Gemeindevorstand abgeordnet. Ueber den Beschluß des Bezirksausschusses, wonach letzterer für die Hebamme eine Gewährleistung von 50 Geburten fordert, berichtet Gemeindevorstand Schulze. Der Gemeinderat beschließt, sich in Anbetracht der letzten Landtagsverhandlungen in dieser Frage dem Beschlusse des Bezirksausschusses zu fügen. Nach dem Berichte des Gemeindevorstandes sind die Gemeinde Grumbach zur Errichtung von 2 Wohnungen Baukostenzuschüsse von dem Bezirk zur Verfügung gestellt worden. Nach einer Planung kostet die Errichtung einer Einfamilienwohnung 65 000 M. Hieron hat der Baukostenzuschuß 10 000 M. zu übernehmen, während er 25 000 M. als Hypothek aufzunehmen hat. Die restlichen 30 000 M. werden dem Baukostenzuschuß auf die zu erwartenden Baukostenzuschüsse gewährt. Der Ge-

meinderat beschließt, die Zuschüsse in Anspruch zu nehmen und mit Interessenten entsprechend zu verhandeln. Ueber eine geplante oberirdische Telegraphenlinie und über die seitens des Kommunalverbandes eingestellte Rodmehlverteilung berichtet Gemeindevorstand Schulze, und das Kollegium nimmt Kenntnis. Das Baugebiet Osar Kunkes wird nach Befürwortung des Gemeindevorstandes Kühne genehmigt. Auf Vorschlag des Feuerlöschausschusses und Gemeindevorstandes Kaiser (Berichterstatter Gemeindevorstand Fiedler) beschließt der Gemeinderat, 105 bis 110 Meter Spritzschlauch und zum Schutze der Spritze eine Plane zu beschaffen. Ein Antrag des Gemeindevorstandes Krehshmar fordert Einbeziehung der Einwohner mit Kartoffeln durch die Gemeinde zu einem niedrigen Preise und Versorgung der Kinderbarmittelten und Armen mit verbilligten Kartoffeln. Gemeindevorstand Kaiser will bei Versorgung Kinderbarmittelten und Armen mit Kartoffeln behilflich sein. Der Gemeinderat beschließt Feststellung der Einwohner, denen es noch nicht gelungen ist, sich mit Kartoffeln einzudecken. In zweiter Lesung wird hierauf auf Vorschlag des Gemeindevorstandes die neue Zuwachssteuerordnung angenommen. Hierauf geheime Sitzung, in der die Wohnungssachen erledigt werden.

— **Dresden-Kleinmachwiz**. Hier ist ein Großmütterchenverein ins Leben gerufen worden, der sich regen Zuspruchs erfreut. Zu den bisherigen Versammlungen, die im Kinderhort stattfinden, waren jedesmal 45 Großmütterchen erschienen. Der Verein, dessen sich der Frauenverein besonders annimmt, will den älteren weiblichen Gemeindegliedern, die meist vereinsamt dastehen, einige trauliche Stunden unter schlichten Darbietungen in Lied, Gedicht, Erzählung, gegenseitigem Austausch usw. schaffen.

— **Bausen**. Der Bezirkstag nahm folgende Entschlieung an: Er verurteilt das Verhalten der Produzenten, die die Lebensmittelpreise über das nötige Maß hinaus steigern. Er mißbilligt die gegenwärtige Höhe der Kartoffelpreise und bedauert, daß er nicht in der Lage ist, von sich aus Preise festzusetzen. Er ersucht erstens: die Landwirte, dafür zu sorgen, daß die in Dresden festgesetzten Richtpreise für den Bausener Bezirk niedriger gehalten werden als gegenwärtig und daß über diese hinaus nicht verkauft wird; zweitens: die Regierung, allgemein die Preisbildung erträglich zu gestalten; drittens: die Amtshauptmannschaft, den Gemeinden Wege zum Bezuge von Kartoffeln zu zeigen.

— **Bernstadt**. Ein Raubanfall wurde auf der Fahrt von Bernstadt nach Nieder-Kennersdorf an dem Mühlendamm Rietze bei Kennersdorf verübt. Ein Begelelagerer fiel ihn an und schlug ihn über den Kopf. Bei dem sich entzündenden Handgemenge nach Rietze mit dem Messer auf den Räuber ein, der daraufhin entflo.

— **Dartenstein**. Von einem Auto überfahren wurde der Landwirt Leonhardt aus Thierfeld. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er dem Krankenhaus zugeführt.

— **Regis-Breitungen**. Ein Postbote von hier rettete in Throna vor einem in rasendem Tempo durchfahrenden Auto zwei kleine spielende Kinder vor dem Ueberfahrenwerden, und zwar unter eigener Lebensgefahr. Obwohl der Postbeamte selbst in den Straßengraben (ohne weitere Beschädigung) geschleudert wurde, blieben die Kinder unversehrt. Die Insassen des Autos, scheinbar Ausländer, belobten den Lebensretter mit einem 1000-M.-Eck.

— **Plauen**. Der unter dem Verdacht des Raubüberfalles an dem Botenführmann aus Tanna in Haft genommene Gostwirt ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Anscheinend ist er das Opfer einer Personenverwechslung geworden.

Schulkasse vorhanden, der Kirchenkasse entnommen werde. Diejenigen Dörfer hingegen, wo die Kirchenkasse erschöpft ist, auch die Kommu zur Erhaltung der Schulordnung zu arm ist, sollen vom Superintendent, den Schulmeistern und Katecheten dem Konsistorium angezeigt werden. Auch soll den Pastoren in Städten und auf den Dörfern, den Schulräuportoren, Schulmeistern, Kinderlehrern bedeutet werden, dass sie der ihnen untergebenen Jugend zum Vorbild leben und sich nichts zu Schulden kommen lassen. Zugleich bestimmen wir, dass die Schulordnung für die drei Fürstenschulen und die lateinische Schule für vier Groschen, die für die deutschen Stadt- und Dorfschulen für sieben Groschen verkauft werden. Der Herr lasse, wie alle guten Veranstaltungen und Ordnungen so auch diese für das Land und Volk gesegnet sein.

Ganz neue Bestimmungen erschienen im Jahre 1805, die sich besonders auf den Schulbesuch und Bezahlung des Schulgeldes beziehen. Es wurde verordnet 1. den Oberkeiten in Städten und auf dem Lande wird befohlen, Eltern und Vormündern bei Strafe eines alten Schocks anzuhalten, dass die Kinder zeitig vom 5. bis 14. Jahre zur Schule geschickt werden und solches weder im Winter noch im Sommer, die einzige Zeit der Ernte von vier Wochen, aussetzen mögen. Für sehr arme Kinder oder Waisen soll das so wenig betragende Schulgeld von der Gemeinde eingebracht werden. 2. Die Schullehrer sind bei der von ihnen zu verrichtenden schweren Arbeit vor Nahrungssorgen zu schützen und wegen Bezahlung des Schulgeldes solche Einrichtungen zu treffen, dass das ohnehin geringe Einkommen des Schullehrers gesichert wird. Wenn am Orte keine Schule ist und der Weg über eine halbe Stunde zur nächsten Schule beträgt, kann der Besuch der Schule bis zum 7. Lebensjahre ausgesetzt bleiben. Wenn im 14. Lebensjahre dem Kinde es an einer richtigen Erkenntnis der evangelischen Wahrheiten noch fehlt oder auch die Fertigkeit im Lesen, so muss mit dem Schulunterrichte so lange fortgefahren werden, bis den Mängeln abgeholfen ist. 3. Die Pfarrer haben sich bei Vermeidung der Suspension gegen keinen Katechumenen ohne Ansehen der Person nachsichtig zu beweisen. Es bleiben die ausgenommen, welchen das Halten eines Hauslehrers gestattet ist oder andre öffentliche Schulen besuchen und Privatanstalten mit Genehmigung des Pfarrers und Gerichtsobrigkeiten. 4. Kinder, welche in Dienst oder in die Lehre treten, sind auf die noch übrige Dauer der Schulzeit und nach deren Ende bis zur Confirmation täglich wenigstens zwei Stunden in die Schule zu schicken. 5. Der Schullehrer ist verpflichtet, die Versäumnisse sorgfältig einzutragen und die Liste nach Ablauf des Vierteljahres dem Pfarrer zu übergeben, welcher das Verzeichnis zu prüfen und mit Erinnerungen der Obrigkeit zu überliefern hat. Wenn ein Kind acht Tage nach einander ohne Entschuldigung fehlt, werden die Erzieher mit dreitägigem, im Wiederholungsfalle mit sechstägigem Gefängnisse belegt. Am den Eltern die nötige Beihilfe ihrer erwachsenen Kinder zu gönnen, sollen, wo es die Lokalverhältnisse gestatten, zwei Klassen eingerichtet werden. Zur Erntezeit ist der Unterricht auf dem Lande vier Wochen auszusetzen. Am die Kinder in dieser Zeit nicht ganz ohne Unterricht zu lassen, möchten sie wöchentlich wenigstens einige Stunden die Schule besuchen. Für Kinder unter 10 Jahren geht der Unterricht auch in der Erntezeit fort. 6. Alle die Schule besuchenden Kinder sind im Christentums, Lesen, Schreiben, Rechnen zu unterweisen. Schreiben, Zahlenkenntnis, Erlernung des Einmaleins nimmt bald nach Eintritt des Kindes einen Anfang. Eltern haben sich darüber aller Einmischung

zu enthalten. 7. Von der ersten Schulwoche an müssen die Eltern und Erzieher, ob das Kind die Schule besucht hat oder nicht, das Schulgeld bezahlen, für arme Kinder tritt die Gemeinde ein. In jeder Stadt und auf dem Lande ist vom Superintendent und der Gerichtsobrigkeit ein Schulgeldeinnehmer zu bestellen. Ohne hinreichenden Grund darf niemand die Annahme dieses Amtes verweigern. Das Schulgeld wird von Woche zu Woche bezahlt und wer das unterlässt, hat der Einnehmer nach Anleitung des Dorf- und Gemeinderichters es am Monatsschluss einzusammeln. Restanten werden angehalten, binnen drei Wochen bei Vermeidung der Auspändung zu bezahlen. Dem Schullehrer wird die eigne Einkassierung bei zehn Caler Geldbusse oder vier Wochen Gefängnis verboten. Es hat aber der Einnehmer ordentliche Rechnung zu führen und das Schulgeld dem Schullehrer nach Abzug von zwei Groschen für jeden eingenommenen Caler, monatlich zu übergeben. 8. Die Superintendenten haben bei ihren Visitationen sich nach dem Verhalten der Civilobrigkeiten sorgfältig zu erkundigen und etwaige begründete Beschwerden dem Konsistorium anzuzeigen. — Wir haben zu unseren Untertanen das Vertrauen, dass sie die ihnen obliegenden Pflichten zu Herzen nehmen, auch das Verhalten der Kinder ausserhalb der Schule beobachten, sie in ihren Häusern zur Gottesfurcht, Arbeitsamkeit und Ordnung anhalten, auch die Katechisation an Sonn- u. Wochentagen fleissig besuchen lassen und durch das alles mitwirken, dass die heilsame Absicht des Schulbesuches an den ihnen anvertrauten Kindern vollständig erreicht werde. — Es wird darüber geklagt, dass das Churf. Mandat wegen des fleissigen Schulbesuches in vielen Gemeinden wenig Frucht getragen hat und die Lehrer wegen Bezahlung des Schulgeldes ihre grosse Not haben. Im Jahre 1811 wurden mehrere neue Verordnungen herausgegeben bezüglich der Konfirmation, des Schulgeldes, wöchentlich einen Groschen, Belehrungen und Ermahnungen durch Geistliche und Lehrer an diejenigen, welche von Vorurteilen gegen Schul- und Religionsanstalten eingenommen sind. Einführung gemeinnütziger Lehrgegenstände im Unterricht, Heizung der Schulzimmer, Anstellung von Katecheten und Kinderlehrern, Schulvisitationen, Verbot aller Einmischungen und Anmassungen der Kommunen, Richter und Schöppen in die Tätigkeit des Lehrers und in das Schulwesen und anderes mehr.

Aufbau des Diaconats und der Schulgebäude in Wilsdruff nach dem Brande im Jahre 1744.

Kantor em. Kippe, Wilsdruff.

Am 5. Juni 1744 hatte eine grosse Feuersbrunst alle Häuser in der Ringmauer bis auf die Kirche, Pfarre und ein einziges Bürgerhaus hinter der Pfarre verzehrt, dabei auch die Vorstädte vor dem Zellischen Core ganz, vor dem Freiburger und Dresdner Core grösstenteils zerstört und dabei auch die Kaplaney Wohnung und die Schulgebäude, in welchen der Rektor und Kantor wohnten, in Asche gelegt, wobei der erstere 355 und letzterer 750 Caler Verlust an Mobilien hatten. In Ansehung der rohen Jugend macht sich der

Gasthof Kaufbach.

Dienstag den 11. Oktober

Guter Montag

verbunden mit feiner Ballmusik.
Hierzu laden freundlichst ein **A. Füllkrug u. Frau.**
Für gute Speisen und Getränke
ist bestens gesorgt.

Gasthof „Zur Krone“, Kesselsdorf.

Sonnabend den 8. Oktober abends 7/8 Uhr

Großes Konzert mit Ball

ausgeführt von dem größten u. überall beliebten
Damen-Tromp.-Korps Rheinland-Mecklenburg.

Modernes, großes klassisches Programm u. a.:
Fanfaren mit Kesselpauken von Damen geblasen. Die
wunderbare elektrische Waldschmiede mit Kirchenglocken-
geläute, und das übrige große Programm.

Hierzu laden freundlichst ein

A. Brest, Kapellmeister 106 **Willy Hantsch.**

Gasthof „Deutsches Haus“ Köhrsdorf.

Morgen Sonnabend den 8. Oktober 1921

Großes Herbstvergnügen

vom **G. S. V., Ortsgruppe Klipphausen,**
bestehend in humoristischen Vorträgen u. Ball.

Anfang 7 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet 110 **Der Vorstand.**

Gasthof Blankenstein.

Sonntag den 9. Oktober

Großer Damenball.

Hierzu ladet freundlichst ein 104 **Max Richter.**

Militärverein

Heute Sonnabend 7 Uhr
Stiftungsfest. 113

Militärverein

Grumbach.

Heute Sonnabend d. 8. Okt.

Verjammlung

im Gasthof. 110

Verloren

vom unteren Bach bis Gast-
hof Goldener Löwe der
vordere Teil einer De-
zimalwaage. Gegen Be-
lohnung abzugeben bei
Paul Humpisch. 111

Frisches Hammelfleisch

empfiehlt 112

Richard Bretschneider.

1 gebt., kleiner, eiserner

Herdfen

sowie ein

Kanonfen

sind preiswert zu verkaufen.

A. Schreiber, Stuhlfabrik,

Lödtauer Straße.

NB. Dasselbe können auch

Maschinen-Hobelspäne lauf-

abgeholt werden. 115

? Wer verkauft ?

Wir suchen überall

verkaufl. Häuser

mit oder ohne Geschäft,

Villen, Gasthöfe, Hotels,

Fabriken, Ziegeleien, Müh-

len, Landwirtschaften usw.

zwecks Unterbreitung an vor-

gen. Käufer. Besichtigung

softenlos.

C. H. Hülße & Co.,

Hannover.

Raupen - Leim

vorzüglich lebend
empfiehlt 69

Drogerie Paul Klegisch.

Weißer

Hund

zugelaufen.

Abzuh Lanpersdorf Nr. 8.

Tüchtiger, zuverlässiger

Wirtschaftsgehilfe,

der mit allen landwirtschaftl.

Arbeiten vertraut sein muß

und ein Paar Pferde über-

nimmt, für 15. 10 oder

1. 11. gesucht. 107

Vorzustellen Kesselsdorf

Nr. 24.

Gesucht für sofort oder

später kräftiges

Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, für

Arathaushalt nach Groß-

Köhrsdorf. Anfangslohn

120 Mark, Rasse frei. Zu

melden bei **Frau Wilhelm,**

Feldweg.

Zuverlässiges größeres

Schulmädchen

zu Kindern gesucht. 114

Frau Rosa Bormann,

Buzgelschäft.

Brief

liche Be-

stellungen

auf Druck-

sachen all-

Art werden gewissenhaft

und rasch bei sauberer

Ausführung erledigt von

der Buchdruckerei von

Arthur Zschunke

in Wilsdruff, Zellaerstr. 29.

Arbeiter-Radfahrer-Bund

„Solidarität“ Ortsgruppe Wilsdruff
und Umgegend.

Sonntag den 9. Oktober 1921

Großes Saal-Fest

(18. Stiftungsfest)
im Gasthof Klipphausen,
bestehend in Reigenfahren, Ball u. anderen
Ueberraschungen.

Saalmaschinen-Weihe

Anfang 4 Uhr. Reigenfahren 8 Uhr.

Einige genuehreiche Stunden versprechend, werden

Freunde und Gönner des Rad'sportes hiermit herzlich ein-

geladen. **Otto Schöne. Der Vorstand.**

Es naht der Herbst!

Pelzhaus A. Mayer

Fernruf 797 **Meißen** Rossplatz

empfiehlt sein reichgefülltes Lager

in Pelzwaren aller Art

Pelz-

Umarbeitungen sowie

Neuanfertigung nach neuesten Mo-

dellen preiswert und gut.

Kirchennachrichten — 20. Sonntag n. Trin

Prebigitter: Luf. 13, 6—9.

Kollekte für Oppau.

Wilsdruff.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10,30 Uhr

Christenlehre für die weibl. Jugend. — Abends 7,30 Uhr Jung-

männerverein.

Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Rand, theol. Hammer-

schmidt aus Meißen).

Mittwochabend Frauenverein in Günthers Restaurant.

Kesselsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigt (V. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr

Soufen.

Sora.

Vorm. 8,30 Uhr Hauptgottesdienst.

Köhrsdorf.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst (V. Planert).

Limbach.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.

Blankenstein.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.

Aufbau der Schulgebäude und Kaplanwohnung besonders nötig, obwohl die Kosten dazu die Bürger nicht aufzubringen vermögen, da doch ein jeder danach strebt, sein eigenes Haus aufzubauen und ausserdem die Stadt durch die starken Einquartierungen viel gelitten hat. Das Schönbergische Gericht in Wilsdruff bittet darum das Oberkonsistorium, die Stadt zu unterstützen und für einen baldigen Aufbau der Schulgebäude Sorge zu tragen. Der Maurmeister Johann Hofmann in Nossen wird darum beauftragt, die Brandstätten zu besuchen und für den Aufbau Vorkehrungen zu treffen, besonders Risse und Anschläge zu fertigen. Der Gerichtshalter Günther in Wilsdruff will am 20. Juni im Pfarrhause eine Versammlung abhalten, wozu die Handwerksmeister der Umgegend eingeladen werden, um mit denselben zu verhandeln. Der Gerichtshalter schreibt an die Kirchväter, dass er in einer Kutsche mit zwei tüchtigen Pferden in Dresden abgeholt sein will, auch sollen sie darauf bedacht sein, dass eine Mittagmahle bestehend in Suppe und Braten für ihn bereit gehalten wird. Baumeister Hofmann reicht zunächst einen Anschlag für die Diakonatswohnung ein in der Höhe von 1203 Taler 4 Groschen und später einen für die Schulgebäude mit einem Kostenaufwand von 1301 Taler 3 Groschen. Da der Platz für das Schulgebäude zu klein ist, verhandelt man mit dem angrenzenden Bürger und Fleischer Christian Morgenstern, welcher ein Stück seines Gartens für 24 Taler ablässt. Die Brandkasse bezahlte 175 Taler für den Brandschaden am Dache, Glockenstuhl, Boden, Treppen der Kirche, 165 Taler für das abgebrannte Diakonot, 250 Taler für die Schulgebäude. Die beiden Zimmermeister Funke und Horn in Wilsdruff sollen den Schaden am Kirchgebäude herstellen und verlangen dafür 497 Taler 20 Groschen. Die grosse Glocke ist beim Brande ganz zerschmolzen; es soll die Glockenspeise gesammelt, in gewisse Fässer gebracht und an den Glockengiesser Weinhold auf der Rammische Gasse in Dresden abgeliefert werden nebst der abgefallenen Glocke, welche behutsam herunter genommen werden soll. Die Herstellung der Glocken kostet 190 Taler. Die gesamten Ausgaben für Diakonot, Schulgebäude, Kirche betragen 3292 Taler. Das Oberkonsistorium genehmigt, dass 400 Taler aus dem Kirchenarar verwendet werden, 545 Taler gewährt die Brandkasse und was noch fehlt, soll aus dem Kirchenvermögen zu Sora zu 3 Prozent geborgt werden. Der Bürgermeister Franke erklärt im Namen der Kirchengemeinde Wilsdruff, dass die 400 Taler hiesiger Kirche meistens in ausenstehenden Resten besteht und eine Eintreibung derselben bei den jetzigen Zeiten unmöglich ist. Die Kommun sei vollständig verarmt und die meisten hätten zu ihrem eigenen Bau schon viel geborgt, ausserdem seien durch den Rathausbau noch alte Schulden vorhanden. Es fällt von selbst in die Augen, dass die Erborgung eines Kapitals unmöglich ist, vielleicht könne eine Landeshollekte helfen, wenn es auch nur in etlichen Kreisen wäre. Diese Hilfe und Rettung würde Gott ein angenehmes Opfer sein. Am 16. Juni 1745 findet eine grosse Versammlung statt in Gegenwart der beiden Bürgermeister Franke und Preisser, Gerichtsschöppen, Viertelmeister, Ausschusspersonen, Kirchenväter und Vertreter aus dem eingepfarrten Grumbach.

(Schluß folgt).

Schiffleitung: Dersel für Notizen und Benachrichtigungen Oberbürger Köhne, Wilsdruff.
Druck und Verlag: Arthur Hülße, Wilsdruff.



Wochenbeilage zum „Wilsdruffer Capellblatt“. (Nachdruck sämtlicher Artikel nach unser Quellenangabe verboten.)
Nummer 37 18. September 1921 10. Jahrgang

Schul-Ordnung vom Jahre 1773 u. 1805.

Kantor em. Kippe, Wilsdruff.

Der Oberpfarrer von Wilsdruff Johann Wilhelm Biedermann schreibt am 9. Juni 1773 an den Gerichtsdirector, dass Ihre Churfürstl. Durchlaucht aus bewegender Ursache für die drei Landschulen Meissen, Grimma, Pforta, sowie für die lateinischen Stadtschulen, deutsche Stadt- und Dorfschulen eine neue Schulordnung entworfen hat, welche für 19 Groschen in der Gerlachischen Buchhandlung in Dresden zu kaufen ist. Was unsern hiesigen Ort angeht, so wird darin bestimmt, dass in jeder Kirchengemeinde ein Verzeichnis der Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahre angefertigt wird, in den Städten von den Viertelmeistern, auf dem Lande von den Dorfgerichten. Sodann wird bestimmt, dass bei dem Schulexamen die Magistrats- und Gerichtspersonen gegenwärtig sind und vom Pfarrer durch öffentliche Abkündigungen eingeladen werden und demselben anzeigen, was in Ansehung des Unterrichts und der Zucht zu verbessern sei. Nach besonderer Beschaffenheit einer jeden Schule sollen vom Pfarrer unter Zuziehung der Patrone und Gerichtsobrigkeiten Gesetze abgefasst werden über die öffentlichen Gottesdienste, Hochzeiten, Leichenbegäbnisse, mit frakturschrift auf starkes weisses Papier oder Pergament geschrieben und in der Schultube an einer Wand aufgehängt werden, so, dass sie von erwachsenen Kindern gelesen werden können. Dann wird dem Gerichtsdirector mitgeteilt, dass der Pfarrer mit Gott entschlossen ist, am 15. Juni das gewöhnliche frühlingschulexamen zu halten und davon dem Rat und Gerichten, den Viertelmeistern, der gesamten löblichen Bürgerschaft, den Gerichten in Grumbach, Wilsdruffer Anteil Mitteilung gemacht werde. Diese Schulordnung soll dem Landtage zur Prüfung vorgelegt werden und dann allen, auch auf den Dörfern, wo ordentliche Schulmeister, konfirmierte Katecheten und dergleichen Kinderlehrer wohnen, ein Exemplar ausgehändigt werden und das Geld, wenn keine

1 S. 505 Amtoger. Wilsdruff.